

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei. Rhedder Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Koblstr. 6. Fernsprecher 92 und 97. Verlagort: Münster (Westf.) 2. Anholt-Iselburger Zeitung.

Nr. 170

Dienstag, den 23. Juni

1925

Eine Deutschland befriedigende Geste Frankreichs?

Die bevorstehende Pakt-Debatte im englischen Unterhaus.

London, 22. Juni. (Eig. Draht.) Die Abneigung gegen den Sicherheitspakt ist in der öffentlichen Meinung im Westen begriffen. Immer deutlicher läßt sich erkennen, wie man in England im allgemeinen zu der Frage des Sicherheitspaktes bzw. zu der französischen Antwortnote sich eingestellt. Der größte Teil des englischen Volkes ist entschieden gegen die Lösung der Sicherheitsfrage in der Weise, wie die französische Note sie vorschlägt. Durchaus gegen den Sicherheitspakt ist fast die gesamte englische Arbeiterpartei, ein sehr großer Teil der Liberalen und auch ein Teil der Konservativen. Verhältnismäßig gering ist die Zahl derjenigen, die sich mit einem Sicherheitspakt nach dem französischen Vorschlag abfinden wollen. Ein dritter großer Teil der öffentlichen Meinung steht zwischen diesen beiden sich bekämpfenden Auffassungen. Der Standpunkt dieses Teiles läßt sich etwa dahin zusammenfassen, daß er einem gegenseitigen Sicherheitspakte zwischen Deutschland und den Westmächten zustimmen würde unter der Voraussetzung, daß Frankreich unter allen Umständen auf unabhängige Sanktionen verzichtet. Diese letzte Forderung würde sich vor allem gegen den Vorschlag Frankreichs richten, nach dem auch in den öffentlichen Schiedsgerichtsverträgen Frankreich der Garant sein bezw. das Recht haben soll, zu Sanktionen zu greifen. Die Regierung scheint sich mehr und mehr der Strömung der öffentlichen Meinung anpassen zu wollen. Es liegen Neußerungen des ersten Ministers Baldwin vor, die ganz unzweifelhaft erkennen lassen, daß die Regierung sich durchaus nicht auf irgendwelche Einzelheiten durch Frankreich festlegen lassen will.

In der am Mittwoch stattfindenden Aussprache im Unterhause über die Sicherheitsfrage werden die Auseinandersetzungen in der öffentlichen Meinung zweifellos eine große Rolle spielen und deutlich erkennen lassen, welchen Kurs die Regierung in der Sicherheitsfrage steuern wird. Dabei dürfte nicht übersehen werden, daß die Regierung stark unter dem Druck der Dominions steht. In der Aussprache im Unterhause wird vor allem auch die Frage erörtert werden, ob die französische Auffassung des Sicherheitspaktes Deutschland je die Möglichkeit geben werde, sich auf friedlichem Wege um eine etwaige Verringerung seiner Ostgrenze zu bemühen, ferner darum, ob der Sicherheitspakt auch für England zweifelhaft sein würde, ob auch England von Frankreich und Deutschland Garantien gegen einen Angriff erhalten werde. Daneben dürfte die Frage eine Rolle spielen, in welcher Weise England Garantien für die Grenzen des nicht bewaffneten Deutschlands geben, bezw. einhalten kann. Endlich wird eine der Hauptfragen im englischen Unterhause das sogenannte Durchmarschrecht bilden, worüber laut gewisser Andeutungen in der englischen Presse zwischen der englischen und der französischen Regierung augenblicklich ein gewisser Meinungsaustrausch stattfindet. Für Deutschland wird die Aussprache im Unterhause von großem Interesse sein, wie in Wahrheit sich die englische öffentliche Meinung und vor allem — und das ist die Hauptsache — das englische Parlament und seine Parteien sich zu den französischen Vorschlägen einstellen.

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ berichtet, die französische Regierung sei mit der Aufnahme ihrer Note durch Dr. Stresemann zufrieden und es dürfe nicht als ausgeschlossen gelten, daß schon in naher Zukunft, sobald die Deutsche Regierung die wesentlichen Grundzüge der französischen Note angenommen habe, eine Konferenz einberufen werde, um dem geplanten Rheinlandsgarantiepakt eine endgültige Gestalt zu geben. Um die Besserung der französisch-deutschen Beziehungen zu zeigen, und ihre Aufrichtigkeit zu beweisen, werde die französische Regierung, wie erwartet werden dürfte, sehr bald eine politische Geste tun, die in Deutschland Befriedigung verursachen dürfte.

Die Andeutung des Pariser Berichterstatters der „Times“, daß eine in Deutschland befriedigende Geste Frankreichs bevorstehe, klingt sehr geheimnisvoll. Wenn man daraus einen Schluss ziehen will, kann es nur der sein, daß die französische Regierung beabsichtigt, ihre Truppen aus dem Ruhrgebiet, das bekanntlich am 16. August, ebenso wie Düsseldorf und Duisburg-Ruhrort, geräumt worden muß, vor diesem Zeitpunkt vielleicht durch Räumung der Bochumer Zone zurückzuführen. Diese Geste, die gewiß in Deutschland freudig begrüßt werden würde, darf indessen nicht die Vorstellung beeinträchtigen, die gegenüber Frankreich in der Sicherheitsfrage zu beachten ist. Und die Situation, in die Deutschland durch die französische Antwortnote auf sein Garantiepaktsangebot geraten ist, steht sich keineswegs als ungesährlich an. Mit Recht hebt der Londoner Korrespondent der „Kölnischen Zeitung“ hervor, daß, wenn der Pakt nach der Verständigung zwischen Briand und Chamberlain nicht zustande kommt, Deutschland, weil es dazu nicht ja und Amen sagen kann, dann wieder einmal als der Störenfried vor aller

Welt hingestellt werden wird. Und der Pariser Korrespondent desselben Blattes schreibt:

Je länger man das französische Blaubuch studiert, um so mehr wird man sich der gefährlichen Wendung bewußt, welche die Sicherheitsverhandlungen im Anschluß an den deutschen Vorschlag für Deutschland genommen haben. Es sind von englischer Seite mündliche Zusicherungen an Frankreich gegeben worden, die zweifellos auch einen schriftlichen Niederschlag gefunden haben. Man war sich hier natürlich von vornherein im Klaren, daß der Ausdruck „Zweijährigkeit des Sicherheitspaktes“, so gern die Chauvinisten ihn natürlich vermeiden gesehen hätten, auch ohne die tatsächlich gegebenen Zusicherungen praktisch im gegebenen Falle nur eine sehr zweifelhafte Bedeutung haben kann. Deutschland ist entschlossen, sollte also ein Angriff von französischer Seite auf Deutschland erfolgen, so wäre der Beistand, den England in diesem Falle Deutschland zu leisten hätte, für die englische Regierung selbst und die englische Armee unverhältnismäßig gefährlicher als ein Vorgehen Englands an Frankreichs Seite gegen Deutschland bei einer deutschen Vertragsverletzung. Außerdem hat Chamberlain den Franzosen nunmehr das Recht zugesprochen, bei einer Verletzung früherer Verträge, d. h. hauptsächlich des Versailler Vertrags, durch Deutschland gegebenenfalls auch zu militärischen Sanktionen schreiten zu dürfen, ohne daß daraus eine Verletzung des geplanten Rheinlandspaktes hergeleitet werden könnte. Man weiß aus Erfahrung, wie eine deutsche Vertragsverletzung konstruiert werden kann.

Auch hieraus ist zu erkennen, daß der in guter Absicht gemachte Vorschlag Stresemanns uns in eine keineswegs günstige Lage gebracht hat. Somit haben wir allen Anlaß, der englischen Opposition gegen die Abmachungen, die zwischen Chamberlain und Briand getroffen worden sind, vollen Erfolg zu wünschen.

Sicherheitskonferenz im August?

in Berlin, 22. Juni. (Tel.) Das B. T. meldet aus London: In hiesigen diplomatischen Kreisen verlautet, die Eröffnung einer mündlichen Verhandlung zwischen den Alliierten und Deutschland werde im August vor Zusammenritt des Völkerbundes für wahrscheinlich gehalten. Als Ort der Verhandlungen wird London, der Haag, Brüssel oder Genf genannt. Amerika werde sich an dieser Verhandlung offiziell nicht beteiligen, sondern nur als Beobachter den Botschafter Houghton entsenden.

Friedensverhandlungen in Marokko?

in London, 22. Juni. (Tel.) „Daily News“ berichtet, Abd el Krim habe durch Vermittelung einer bekannten Persönlichkeit Frankreich Friedensvorschläge unterbreiten lassen.

Paris, 22. Juni. (Tel.) Allem Anschein nach ist man bemüht, dem Rißkrieg durch Verhandlungen mit Abd el Krim ein Ende zu bereiten. Es wird berichtet, daß außer dem hiesigen Geschäftsmann Chevarrieta, der zum dritten Male innerhalb eines halben Jahres sich zu Abd el Krim nach Alschir begeben habe, auch noch andere spanische Finanzleute, vermutlich auch Engländer und Amerikaner, zu dem Führer der Riffleute entsandt worden seien. Des ungeachtet hat die Blockade der marokkanischen Küsten gemäß den französisch-spanischen Abmachungen begonnen. In zukünftigen Kreisen zeigt man sich über die Ergebnisse der ersten Kontrolloperationen befriedigt.

Der Gesetzentwurf über den Handelsvertrag mit England.

in Berlin, 22. Juni. (Draht.) Unseres Berliner Vertreters.) Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf über einen Handelsvertrag mit England zugegangen. Dieser Vertrag beruht auf dem Grundsatze der Meistbegünstigung. Beide Vertragsparteien verpflichten sich, diesem Grundsatze die denkbar günstigste Auslegung zu geben. Sie verpflichten sich insbesondere, den Zolltarif ihres Landes oder irgendeine andere Abgabe nicht als Mittel für eine unterschiedliche Behandlung zuzunehmen des anderen zu gebrauchen. Ferner verpflichtet sich jede Partei, keine Zölle oder Abgaben einzuführen bezw. beizubehalten, die für den anderen Teil abträglich sind. Endlich verpflichten sich beide Vertragsparteien, in spätestens 6 Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages alle Ein- und Ausfuhrverbote oder Beschränkungen zu beseitigen mit Ausnahme einiger weniger, die in dem Vertrag ausdrücklich festgelegt sind.

Der deutsch-spanische Handelsvertrag.

in Berlin, 22. Juni. (Draht.) Der Austausch der Ratifikationsurkunde zu dem deutsch-spanischen Handelsabkommen vom 25. Juli 1924 erfolgte am 21. Juni in Madrid.

Das Ende des französischen Vorkartells.

Von unserem Pariser Korrespondenten.

Paris, 21. Juni.

Auf dem sozialistischen Parteitag, der gerade vor einem Jahre stattfand, war die „Unterstützungspolitik“ beschlossen worden: ein gemeinsames parlamentarisches Vorgehen der Sozialisten mit der bürgerlichen „Radikal-Sozialistischen Partei“. Auf dieser Basis war es Herriot möglich gewesen zu regieren. Als dann aber die sozialistischen Abgeordneten bei verschiedenen Fragen eine Stellung in der Kammer einnahmen, die von mehreren Landesgruppen nicht gebilligt wurde, brachte der Grobnobler Kongreß der sozialistischen Partei vom Februar dieses Jahres eine erste Einschränkung der Unterstützungspolitik: Die Abgeordneten mögen sich dessen bewußt bleiben, daß von einem ewigen Festhalten am Vorkartell keine Rede sein dürfe, sondern nur eine vorübergehende Zusammenarbeit mit Nichtsozialisten sei gestattet — so hieß es damals in der wichtigsten in Grenoble angenommenen Resolution. Zwei Monate später bangten die Sozialisten bei Bildung des Kabinetts Painlevé vor den neuen Kommunalwahlen; als sogar der nationale Block in vorerligter Freude auf einen Sieg, den er nicht errang, schon die Parole „Kammerauflösung!“ ausgab, da beschloß der Zentralausschuß der sozialistischen Partei, den Eintritt von Sozialisten in die französische Regierung unter ganz bestimmten Bedingungen zuzustimmen. Damals war es Painlevé, der diese Kombination zur Unmöglichkeit machte: er forderte gar nicht erst die Sozialisten zum Eintritt in sein Kabinett auf. In deren Reihen war daher gleich von Anfang an eine gewisse Mißstimmung gegen das Ministerium, die noch wuchs, als erst dessen Zusammenlegung bekannt wurde. Eben gerade, bevor der Senat Herriot ein Vertrauensvotum verweigerte, stand man vor der Möglichkeit einer Durchsetzung der sozialistischen Wünsche einer allgemeinen Kapitalsabgabe. Und nun sollte diese Aussicht durch Cail- lauz aufzuheben werden? Man schwieg und wartete. Als jedoch die Kommunalwahlen eine Eroberung aller großen Städtegemeinden durch die Sozialisten erbrachten, und sogar der Stadtrat von Paris (der reaktionärste von ganz Frankreich) leicht nach links bog, da war es mit der Geduld der Sozialisten vorbei. Nur wußten sie noch nicht sofort, von welchem Punkte aus das Ministerium am besten angegriffen werden sollte. Denn sie hatten Painlevé in der Marokkofrage ein Vertrauensvotum ausgestellt, und eine offene Feindschaft gegen die Finanzpläne Cail- lauz's hatten sie vorher ebenfalls nicht verraten. Ja, noch vor drei Wochen ging das gesamte Vorkartell mit Einschluß von dessen äußerstem rechten Flügel (die „Vintrepublikaner“ um Boucheur) einig darin, daß an Cail lauz's bisheriger Vorkartell- (den eigentlichen großen Wanderring hält er noch immer verborgen) allerlei auszusehen sei, daß Gegenvorschläge gebracht werden müßten, daß aber deren eventuelle Nichtannahme kein Aufheben des Kabinetts bedeuten sollte.

Jetzt ist der Bruch im Kartell vollzogen: Ueber die Frage der Wahlrechtsreform hat man sich nicht einigen können. In der „Radikalen Partei“ war man stets über das beste Wahlgesetz uneins. Auf dem großen Parteikongreß, den sie 1907 in Nancy abhielt, war nur eine Mehrheit, nicht eine Einstimmigkeit für das Arrondissement-Wahlssystem zu erzielen. So gab es vor dem Kriege in der Kammer bei der Wahlfrage ein Zusammengehen der links- und rechts-extremen Gruppen gegen die „Radikale Partei“. Anfang 1924 war die Angelegenheit im französischen Senat erneut zur Sprache gekommen, und dabei trat die „Demokratische Linke“, die ungefähr der „Radikalen Partei“ in der Kammer entspricht, erstmals einstimmig für die Rückkehr zu dem unmittelbar nach Kriegsende aufgegebenen Arrondissement-Wahlssystem ein. Doch war es vor den Kammerwahlen vom Mai vorigen Jahres nicht mehr möglich, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Noch vor einigen Monaten hatten die Sozialisten die Absicht, die Wahlfrage nicht zu einem Bruch des Vorkartells führen zu lassen, — aber jetzt fühlen sie sich zu stark, um nicht auf die vollkommene Durchsetzung ihres Programms zurückkommen zu wollen.

Nach der ersten Abstimmung wurden jedoch die eigentlichen Debatten darüber auf den Herbst vertagt. Wichtiger sind die Finanzbesprechungen. Wieder einmal wurde von der Regierung angekündigt, sie hoffe, das Budget für 1925, das längst schon im vorigen Jahre durch die beiden Parlamente hätte angenommen sein müssen, werde bis Ende dieses Monats verabschiedet sein können. Ähnliche Voraussetzungen gab es nun schon bald dreiviertel Jahr lang jedes Mal nach Monatsmitte. Und neben allen anderen politischen Fragen ist das letzte Gelingen des Frankens ganz besonders auch darauf zurückzuführen, daß die Unordnung in der französischen Finanzwirtschaft so weit hat getrieben werden können; Mitte 1925 war noch keine Mehrheit für das Budget des gleichen Etatsjahres aufzubringen!

Fred Robert-Karn.

Nach den neuesten aus Paris vorliegenden Meldungen bedürfen die Ausführungen unseres Pariser Korrespondenten einiger Ergänzungen. Zwar hält die parlamentarische Krise

In Frankreich mit unverminderter Kraft an. Die sozialistische Kammerfraktion ist aber noch zu keiner endgültigen Entscheidung gelangt. Doch ist anzunehmen, daß die Entscheidung, die unmittelbar bevorsteht, dahin fallen wird, daß die Sozialisten sich für einen Bruch mit dem Kabinett Poincaré entscheiden werden. Die Pariser Presse meldet, daß die sozialistische Kammerfraktion zahlreiche Aufforderungen erhalten habe, die Unterstützung der Politik Poincaré einzustellen. Auf der anderen Seite scheint aber diese bevorstehende Entscheidung der Sozialisten nicht gleichbedeutend zu sein mit einer endgültigen Absicht. In französischen sozialistischen Kreisen wird vielmehr davon gesprochen, daß es sich dabei nur um eine Wiedereröffnung der Verhandlungen handelt, um denen man wohl zu der Ansicht berechtigt ist, daß die Sozialisten schon gerne an seine Stelle zu bringen. Es ist aber fraglich, ob ihnen das gelingen wird, da Poincaré zu einer Marokkopolitik die Unterstützung des Nationalen Blocks und damit eine Mehrheit finden wird. Das ist um so mehr deshalb anzunehmen, als nach den neuerlichen Pariser Meldungen die Absichten der Sozialisten bezüglich Poincaré nicht gleichbedeutend sein sollen mit dem Bruch des bisherigen Regierungskabinetts. Dies soll vielmehr nach ihren Verhältnissen weiter bestehen. Für die Sozialisten dürfte die Gesamtlage auch deshalb zu vorsichtiger Haltung bestimmend sein, weil sie Urteile haben, mit der Möglichkeit zu rechnen, daß im Falle eines Sturzes Poincarés nicht etwa Herriot an die Stelle kommen würde, sondern der frühere Außenminister Loucheur.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 22. Juni. (Tel.)

In allen drei Lesungen wird in der heutigen Sitzung des Reichstages der von dem deutschen Abg. Dr. Brauer und Genossen eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung des Einkommensteuergesetzes angenommen. Danach soll die Einkommensteuer für das Jahr 1926 (bisher am 1. Tage des folgenden Monats) erfolgen können und die Geltung des Einkommensteuergesetzes soll bis zum 1. Oktober 1926 verlängert werden.

In zweiter Beratung wird der

Gesetzentwurf über Depots und Depotengeschäfte,

der kürzlich an den Ausschuss zurückverwiesen war, weiter beraten. Der Ausschuss hat zu den Bestimmungen über die Möglichkeit der Einziehung der Genehmigung zum Depotgeschäft wegen nicht ordnungsmäßiger Geschäftsführung den Zusatz gemacht, daß die Veranstaltung von Prämienverlosungen für Anleger und Sparrer mit einer ordnungsmäßigen Geschäftsführung nicht vereinbar sein soll. Die Vorlage wurde in zweiter und sofort auch in dritter Lesung angenommen mit der Maßgabe, daß es mit dem 31. Dezember 1926 (Regierungsvorlage 1927) außer Kraft tritt.

In dritter Beratung wird der Gesetzentwurf über die Wechsel- und Scheckgesetze ohne Debatte angenommen.

Es folgt die Beratung des Gesetzentwurfs zur

Änderung der Verbrauchsteuern.

Reichsfinanzminister von Schleichen führt zur Begründung aus, daß bei verschiedenen Verbrauchssteuern unbillige Bestimmungen geklärt und der Reichsabgabenordnung besser angepaßt werden müßten. Steuererhöhungen seien bei der Salz- und Zucksteuer nicht beabsichtigt. Bei der Salzsteuer sei eine Umstellung infolge der Erfindung, als das Gewerkschafts von der Steuer befreit werden müßte, der Ausfall aber auf das Speisefalz gelegt werden müßte. Die Industrie habe eine solche Umstellung verlangt. Das Speisefalz müßte deshalb den Salz von drei Mark für den Doppelzentner tragen. Bei der Zucksteuer bleibe es bei den geltenden Steuerhöhen. Die Steuer solle aber künftig von dem Eigengewicht des Zuckers nach Abzug aller Umhüllungen erhoben werden. Eine Verminderung der Zuckersteuer sei nicht möglich.

Abg. Weidemann (Soz.) führt aus, daß etwa 100 Millionen indirekter Steuern zuviel erhoben worden seien. Demgegenüber sei die Einkommensteuer bei den Besitzenden nicht genügend herangezogen worden. Es sei nicht einzusehen, wie sich die Regierung gegen eine Herabsetzung der Zuckersteuer sträuben könne. Seine Partei verlange die völlige Befreiung der Salzsteuer.

Reichsfinanzminister von Schleichen erwidert, die Salzsteuer solle nur noch ein Viertel der Belastung der Freizeitszeit betragen. Im Frieden sei die Belastung mit der Salzsteuer auf eine Mark für den Kopf berechnet worden. In Zukunft solle nur 25 Pfg. für den Kopf bezahlt werden. Ueber die Zuckersteuer werde besser im Ausschuss gesprochen werden können.

Abg. Neubauer (Komm.) bekämpft die Verbrauchssteuer überhaupt.

Damit schließt die Aussprache.

Abg. Brüninghaus (D.) beantragt die Ueberweisung der Vorlage an den Steuerausschuss und die Verstärkung des Ausschusses von 28 auf 32 Mitglieder. Abg. Dittmann (Soz.) ist für die Ueberweisung, aber gegen die Verstärkung des Ausschusses. Abg. Brüninghaus (D.) beantragt, die Frage der Verstärkung des Steuerausschusses dem Reichsterrat zur Entscheidung zu überweisen.

Abg. Müller-Frank (Soz.) bezweifelt die Befähigung des Hauses. Infolgedessen wird über den letztgenannten Antrag Brüninghaus namentlich abgestimmt. Die Abstimmung ergibt die Befähigung des Hauses. Der Antrag Brüninghaus auf Entscheidung durch den Reichsterrat wird mit 178 gegen 116 Stimmen angenommen. Die Vorlage selbst wird an den Steuerausschuss verwiesen.

Darauf folgt das Haus die Beratung des Haushalts des Reichsministeriums des Innern mit der

Aussprache über das Gesundheitswesen

fort.

Der Präsident des Reichsgesundheitsamtes Dr. Bum macht Mitteilungen über die Arbeiten des Amtes zur Erforschung verschiedener Krankheiten, namentlich der Berufskrankheiten. Es seien Untersuchungen im Gange über die Bergwerkskrankheiten, über die Gefahren der Röntgenbestrahlung für die Krankenschwestern usw. Zur Bekämpfung der Tuberkulose seien besonders einwandfreie Arbeiten vom Reich und von den Ländern gemacht worden. Das Reichstuberkuosegesetz sei fertiggestellt und werde den Reichstag wohl in der nächsten Session beschäftigen.

Nach weiterer kurzer Aussprache werden die Etatspositionen bewilligt. Das Gesetz über die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten und Anträge der Kommunisten wegen Bekämpfung der Tuberkulose werden an den Ausschuss für Bevölkerungspolitik verwiesen.

Die zurückgestellte Abstimmung über die Etatsposition von 3.687.000 Mk. für die Technische Reichsanstalt ergibt die Bewilligung nach dem Ausschussantrag mit 8 Millionen Mark, nachdem die Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten auf Streichung der ganzen Summe, sowie ein Antrag der Deutschnationalen auf Bewilligung der vollen Summe abgelehnt worden waren. Damit ist der Haushalts des Innern erledigt.

Auf Vorschlag des Präsidenten werden kleinere Vorlagen und Anträge über Erwerbslosenunterstützung und Beschäftigung auf die Tagesordnung für morgen 2½ Uhr gesetzt. — Schluß gegen 7 Uhr.

Die Beobachtungen Amundsens.

Ein Flugzeug geborgen, das andere verloren.

Nach einem Rundspruch der B. J. a. M. aus Spitzbergen ist das Flugzeug Nr. 25, mit dem Amundsen und seine Begleiter die Küste gemacht haben und das sie im Fluglin-Bag verantern mußten, ist nunmehr von Riser-Larson, Dietrichson, Ombal und Feucht in sicherem Flug nach Kingsbay gebracht worden und kam dort Sonntagabend an. Das Flugzeug Nr. 24 dagegen, das im Eise zurückgelassen worden ist, muß als verloren gelten. Amundsen ist der Ansicht, es werde kaum so möglich sein, dieses Flugzeug wieder aufzufinden, was zu bedauern sei, weil darin für etwa 800 Pfund Sterling wissenschaftliche Geräte zurückgelassen worden seien. Außerdem enthalte es Vorräte und Briefe, die dort für den Fall zurückgelassen wurden, daß die Expedition nicht mehr zurückkehren könnte.

Soweit die zwar melodramatische, aber inhaltsarme Berichterstattung aus Spitzbergen einen klaren Ueberblick über die Ergebnisse der Expedition zuläßt, tritt als der eigentliche Sieger in diesem Feldzuge immer deutlicher das Flugzeug hervor. Das eine Maschine in diesem Klima nach 24 Tagen mit einer so gewaltigen Belastung wieder zu starten vermochte, stellt sowohl dem Motor wie der Konstruktion das

schönste Zeugnis aus und eröffnet weite Perspektiven in Bezug auf den Polarflugweg. Aus der Fülle der Gutachten, die dänische und norwegische Fachleute veröffentlichten, ergibt sich nach einer Kopenhagener Meldung der „Frk. Blg.“ allgemein eine höhere Schätzung der flugtechnischen als der polaren Leistung. Ueberhaupt wird die Kritik, besonders in Schweden, wo Sven Hedin den wissenschaftlichen Wert der Expedition bezweifelt, immer deutlicher fühlbar. Immerhin sind die Notungen von Peary und Hooel nunmehr durch Amundsen ergänzt, das sich für das ganze Gebiet zwischen dem Pol, Grönland und Nordspitzbergen unzweifelhaft Tieflinie ergibt. Auch Amundsens Beobachtungen in Bezug auf Meteorologie, den Erdmagnetismus und vor allem die Eisdrift werden von größtem Interesse sein. Auch wird seine neue Reismethode für die Kartographie einen bedeutenden Wert erlangen, obgleich hier bereits von der Jantzen-Expedition auf Spitzbergen 1923 bahnbrechende Vorarbeit geleistet ist.

Bemerkenswert ist auch, daß Amundsen über den 83 Breitengrad hinaus unerwarteterweise tierisches Leben festgestellt hat, wie z. B. Seehunde und später Wale und Gänse. Der Akt, der einst im nördlichen Polarmeer weitverbreitet war, auf den aber in früheren Jahrzehnten so stark Jagd gemacht worden ist, daß er seit Jahrzehnten als ausgestorben galt und ein ausgestopftes Tier bereits eine seltene Museumssehenswürdigkeit darstellte, ist dem im Südpolarmeer noch zahlreich vertretenen Pinguin verwandt.

Verschiebung der Reichstagsberatung über die Zollvorlage?

Berlin, 22. Juni. (Draht. unseres Berliner Vertreters.)

Die Zollvorlage ist jetzt dem Reichstage zugegangen. Ihr wesentlicher Inhalt ist bereits aus den früheren Veröffentlichungen bekannt. Voraussichtlich wird am Mittwoch oder Donnerstag die erste Lesung der Zollvorlage im Plenum des Reichstages sein. Wie wir hören, beabsichtigen die Regierungsparteien besondere Erklärungen abzugeben. Bis heute ist es zwischen den Regierungsparteien noch nicht zu einer Verständigung gekommen. Es wird deshalb in parlamentarischen Kreisen angenommen, daß man aus den Kreisen der Regierungsparteien heraus der Reichsregierung den Vorschlag machen wird, die endgültige Erledigung der Zollvorlage auf einen späteren Termin zu verschieben. Die Zollvorlage enthält die Agrarzölle in unveränderter Fassung. Dagegen weist sie gegenüber der ursprünglichen Fassung bezüglich der Industriezölle einige — allerdings unwesentliche — Änderungen auf. So ist z. B. die geplante Zoll-erhöhung für Bleche gestrichen worden. Andere Industriezölle dagegen sollen höher belastet sein, z. B. Arzneimittel und Baumwollstoffe. Verteuert sind auch Teppichwaren.

Berlin, 22. Juni. (Draht. unseres Berliner Vertreters.) Die Gesetzgebung des Reichstages ist nach wie vor ungeklärt. In parlamentarischen Kreisen herrschen widersprechende Ansichten darüber, ob es möglich sein wird, den umfangreichen Arbeitsstoff innerhalb der vorgeschriebenen Frist zu bewältigen oder ob eine Vertagung im Juli und eine Weiterberufung im August notwendig werden wird. Man bezweifelt, daß es möglich sein wird, den Reichstag nach einer Reihe von Wochen in arbeitsfähiger Stärke zusammenzuführen und ebenso, daß es möglich sein wird, ihn im Hochsommer in der notwendigen Arbeitsfähigkeit zusammenzubringen. Für eine Vertagung werden u. a. auch außenpolitische Gründe geltend gemacht. Man erwartet für morgen eine Sitzung des Reichstages, damit diese die dringend erforderliche Klärung in die Gesetzgebung bringt.

Die Jahrtausendfeier in Saarbrücken.

W. Saarbrücken, 22. Juni. Die Jahrtausendfeier der Rheinlande wurde in der Stadt Saarbrücken am Samstagabend um sechs Uhr durch halbstündiges feierliches Festgala von allen Tümen eingeleitet. Bei Beginn der Dunkelheit wurde zur Begleitung der Sonnenwendfeier ein riesiger Scheiterhaufen im Talteisel errichtet und in Brand gesteckt, während die Waffengötze saarländische Lieder ertönen ließen.

Darauf hielt Pfarrer Reichard die von ungeheurer Jubel der Menge, die Kopf an Kopf die Höhen um den weiten Talteisel säumte, aufgenommene Gedächtnisrede, in der er die ewige und treue Zugehörigkeit des Saarlandes zu Deutschland hervorhob, wofür die heutige Feier ein Beweis sei, die jedem, der hören und sehen könne, jense, wofin das Schicksal der Bevölkerung gehe. Die Volksabstimmung im Jahre 1886, in der wir entschieden haben, ob wir zu Frankreich oder zu Deutschland gehören oder ob wir ein Völkerverbund sein wollen, habe das Saarland dem Grunde nach bereits klar und deutlich für Deutschland entschieden. Sie könne nicht mehr zweifelhaft sein, und kein sehnlicher Wunsch lebe im Saarvolk als der, diese Entscheidung bereits einige Jahre vorher herbeigeführt zu sehen. Wir aber wollen dem Himmel, der sich über dem deutschen Saarland wölbt, geloben, daß wir dereinst mit reinem Herzen dastehen wollen, wenn der herbeigeführte Tag der Entscheidung naht.

Mit dem Deutschlandlied und andern vaterländischen Gesängen sang die Feier aus.

Am Sonntag morgen fanden in allen Kirchen der Stadt Festgottesdienste statt, an die sich auf verschiedenen Plätzen Konzerte anschlossen. Inzwischen hatte sich eine große Zahl geladener Gäste im Städtischen Saalbau zu dem eigentlichen Festakt versammelt. Bemerkenswert war die Anwesenheit des saarländischen Mitglieds der Regierungskommission, Kobmann, während die übrigen Mitglieder der Regierungskommissionen, wie es heißt, das Saargebiet während der Festtage verlassen haben. Nach musikalischen Darbietungen hielt der Erste Vorsitzende des Festauschusses, Stadtschulrat Bongard, die Festrede, in der er, ausgehend von den Gedanken, daß wir klar und bewußt auf dem Boden des Versailler Vertrages stehen und gerade darum unser Deutschland hochhalten, einen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung der Zusammengehörigkeit zwischen dem Rheinland und Deutschland gab.

Die Untersuchung des Falles Höfle.

Weitere Erschütterung der Selbstmordtheorie.

W. Berlin, 22. Juni. (Draht.) Vor dem Höfle-Ausschuß des Preussischen Landtages schilderte heute der leitende Gefängnisarzt Dr. Hirsch, der für den beurlaubten Dr. Thiele seit dem 14. Mai die Leitung der Anstalt in Moabit übernahm, die trostlosen Zustände in der Anstalt bei seinem Eintritt. Seiner Ansicht nach würden ungeheuer viel Markotika verbraucht, offenbar auf Grund zu großer Nachgiebigkeit Dr. Thieles. Auch in der Befestigung fände keine sachgemäße Verteilung statt. Etwa 3 Tage dauerte es, bis einigermaßen Ordnung herrschte. Die Pfleger seien wohl, um Ruhe zu haben, über die Anordnungen des Arztes hinweggegangen. Die Einrichtungen des Lazarets seien dagegen in

hygienischer und sonstiger Beziehung einwandfrei. Auf Befragen des Sachverständigen Dr. Levin gibt Dr. Ripper, tologischer Sachverständiger und erster Assistent im Staatlichen Institut für Gerichtsmedizin, der das chemische Gutachten über Höfles Tod gab, zu, es könne in seinem Gutachten die Bemerkung, daß Höfle unmittelbar vor dem Tode die festgestellten Mengen Luminale nahm, nicht aufrecht erhalten werden. Aus der weiteren Darstellung über die Art der Vornahme der Untersuchung entnimmt Geheimrat Levin, daß die Untersuchung nicht mit der erforderlichen Sorgfalt vorgenommen sei, so daß das Gutachten Dr. Rippers nicht als vollständig anzusehen sei.

Die fremdenfeindliche Bewegung in China.

Ueberfall auf die chinesische Gesandtschaft in Paris.

Paris, 22. Juni. Am Sonntagabend drangen chinesische Studenten und Arbeiter in das chinesische Gesandtschaftsgebäude in Paris ein, kneten zwei Diener und zwangen den Gesandten Tschen Lo mit vorgehaltener Waffe, ein Protestschreiben an Poincaré wegen einer verbotenen Versammlung und ein Telegramm an das chinesische Volk zu unterschreiben, in dem alle Chinesen zum offenen Kampfe gegen den Imperialismus aufgefordert werden. Durch herbeigerufene Polizei wurden zwei der Eindringlinge verhaftet.

Die französische Regierung hat wegen dieses Ueberfalles beschlossen, die in Frankreich weilenden 2000 Chinesen einer strengen Kontrolle zu unterziehen. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß die Urheber nicht Kommunisten, sondern Mitglieder der Gruppe Kuomintang sind, die kürzlich beim Innenminister die Herausgabe einer Zeitung beantragten. Dieser Antrag wird jetzt abgelehnt werden. Das französische Außenministerium wird, wie heute abend am Quai d'Orsay erklärt wird, die chinesische Gesandtschaft um eine schriftliche Darstellung des Falles ersuchen. Wahrscheinlich wird die Untersuchung gemeinsam vom Außenministerium, dem Innenministerium und dem Justizministerium geführt werden.

Peking, 22. Juni. (Tel.) Die Kommandeure der 2. und 3. Armee rufen zur Zusammenfassung aller Kräfte, zum gemeinsamen Vorgehen gegen England auf. Der Streit mit Japan sei eine Sonderangelegenheit Chinas. Die Peking-Professoren verlangen die Entsendung chinesischer Truppen in alle Konzessionsgebiete. 8500 Mann Tscheng tian-Truppen sind Sonntag in Schanghai eingetroffen. 10.000 weitere werden in den nächsten Tagen erwartet. Tschangschollins Proklamationen, in denen er eine Einstellung der fremdenfeindlichen Agitation verlangt, treiben die radikalen Agitatoren in die Arme des christlichen Generals Feng und der Kuomintang. Reuter berichtet aus Tientsin, daß drei Regimenter in Chenshin an der Peking-Mußden-Eisenbahn gemutet haben. In Hongkong wurde ein englischer Soldat von der Bevölkerung umringt und schwer verwundet.

Nach Meldungen aus Kanton wurde an der Grenze des Ausländerviertels von Schamen der Kassierer der japanischen Konsulate von einem unbekannten Chinesen durch Revolverkugeln getötet. Der japanische Konsul hat bei den Behörden härtesten Protest erhoben.

Graf zu Stolberg-Westheim.

Paderborn, 22. Juni. Gestern ist der in weitesten Kreisen Deutschlands bekannte Präsident des Bonifatiusvereins, Graf Hermann zu Stolberg-Westheim, nach langer Krankheit im 72. Lebensjahre auf seinem Familiensitz Westheim gestorben. Seit 1889 gehörte er dem Generalsekretariat des Bonifatiusvereins an, außerdem wirkte er auch in den Selbstverwaltungskörpern der Heimat und war von 1915 bis 1919 Vorsitzender des Westfäl. Provinziallandtages.

Markt- und Frankenschlußnotierungen.

h. New York, 22. Juni. (Rundspruch.) Schlußkurs der Markt 23,80; 100 Franken gleich 4,66½ Dollar.

Woolmarktnotierungen.

h. Bremen, 22. Juni. (Draht.) Schlußnotierungen: Juli 25,78—60; Sept. 25,88—53; Okt. 25,90—23; Dez. 25,28—22; Jan. 25,24—07; März 25,31—25; Mai 25,40—36.

h. Liverpool, 22. Juni. (Draht.) Umsatz 6000; Import 2000; Export 5000. Schlußnotierungen: Loco: 13,50; Juni 12,05; Juli 12,93; Aug. 12,81; Sept. 12,68; Okt. 12,53; Nov. 12,45; Dez. 12,43; Jan. 12,41; Febr. 12,42; März 12,44; April 12,44; Mai 12,45.

h. New York, 22. Juni. (Rundspruch.) Tendenz kaum stetig. Schlußnotierungen: Loco 24,10, Juli 23,87—38, Aug. 23,85—35, Sept. 23,82—32, Okt. 23,28—29, Dez. 23,47—48, Jan. 22,94—95, März 23,28—29, April 23,80—30, Mai 23,37—40. Zufuhren: Atlantik 4000, Inland 8000, Golf —, Frankreich 3000.

Getreidenotierungen.

h. Chicago, 22. Juni. (Rundspruch.) Schlußnotierungen. Weizen: Juli 133,5; Sept. 132,875; Dez. 133,825; faum stetig. Mais: Juli 104,75; Sept. 105,25; Dez. 88,825; faum stetig. Hafer: Juli 47,75; Sept. 48,50; Dez. 51; willig. Roggen: Juli 108; Sept. 107,75; Dez. 110; faum stetig.

Willst Du weiße Wäsche Wasche mit Pece

Pece, die selbsttätige Bleichseife

Aus der Heimat.

Bocholt, den 23. Juni 1925.

3. Sommers Anfang. Kalendermäßig hat am gestrigen Morgen um 7 Uhr, als die Sonne in das Zeichen des Krebses trat, der Sommer begonnen. Im Wandel der Jahreszeiten sind wir damit auf dem Höhepunkt angekommen, auf dem Punkt der Sommer-sonnenwende, dem längsten Tag und der der kürzesten Nacht. Nun geht es allmählich wieder abwärts, bis wir im September die Tag- und Nachtgleiche erreichen. Wenn der Sommer nur einen Teil von dem hält, was der Frühling versprochen hat, so können wir mit einem günstigen Jahr rechnen. Bei seinem Anfang ist das Wetter allerdings durchaus nicht sommerlich, die kalten Regentage erinnern viel mehr an den April oder den Herbst. Die niedrige Temperatur ist vor allen Dingen den Kindern unangenehm. Die Bindenblüte, die Hauptblütenweide unserer Gegend, kann wegen des nachfolgenden Wetters von den Bienen nicht befliegen werden. Das bedeutet eine empfindliche Einbuße an Honigertrag. Der Stand der Feld- und Gartenfrüchte, der durch das fruchtbare Frühjahr außerordentlich begünstigt worden ist, läßt auf eine gute Ernte schließen. Voraussetzung ist allerdings, daß das Wetter sommerlicher, wärmer wird.

3. Hagelfest. Am vergangenen Sonntag fand in der öffentlichen Weise die diesjährige Hagelfest statt. Unter starker Beteiligung aus allen Kreisen der Gäubigen nahm die Prozession ihren Weg vom Westend durch die Felder zum Nordtor. Der Weg war, soweit er durch bereits ausgebaute Straßen führte und vor allen Dingen im Innern der Stadt reich geschmückt mit Birkenzweigen, Girlanden und wehenden Fahnen. Leider wurde das Ende der Prozession durch einen Regenschauer gestört, so daß der Segen an dem Altar auf dem Marktplatz nicht gesendet werden konnte.

3. Konzert im Arbeiterverein St. Paulus. Der Arbeiterverein St. Paulus veranstaltete am vergangenen Sonntag ein Konzert des gesamten Vereinsorchesters, das wegen des schlechten Wetters nicht im Garten stattfinden konnte, sondern in den großen Saal verlegt werden mußte. Die Mitglieder des Vereins hatten sich mit ihren Angehörigen recht zahlreich eingefunden, um in den mit Birkenzweigen geschmückten Räumen den musikalischen Darbietungen zu lauschen. Die Kapelle bewies unter der Leitung ihres Dirigenten, des Herrn Lehrer Linde, wieder ihr vorzügliches Können. Die einzelnen Vorträge fanden bei den Anwesenden dankbaren Beifall. — Am kommenden Montag, am Feste Peter und Paul, feiert der Verein sein Patronatsfest durch Generalkommunion am Morgen und Festversammlung Abends im Vereinshaus.

3. A. A. V. „Westfalia“. Wie bereits angekündigt, wird morgen Abend 8.30 Uhr Herr Studienrat Hermweg-Trefeld im Gesellschaftshaus einen Vortrag halten über das Thema: „Ist die katholische Kirche und ihre Organisation kulturfähig?“ Es ist erfreulich, daß der Verein seine Mühe gescheut hat, diesen Redner für einen Abend zu gewinnen. Das zu behandelnde Problem, dessen Darstellung und Beantwortung tiefgründige kulturhistorische Studien voraussetzt, wird sicher das Interesse eines jeden Katholiken wecken, nicht nur seiner grundsätzlichen Bedeutung wegen, sondern auch, weil es in einer Zeit tiefer Gärungen, da sich eingewurzelte Begriffe und feststehende Werte verschoben, als in mancher Hinsicht aktuell zu bezeichnen ist. Dadurch, daß die Angehörigen der Mitglieder, sowie Freunde und Gönner eingeladen sind, ermöglicht der Verein auch weiteren Kreisen die Teilnahme an einem Abend, der sicher hohen Lehr- und Lebenswert hat. Darum darf wohl ein starker Besuch des Vortrages erwartet werden.

m. Wallfahrt der Jungfrauen-Kongregationen nach Kevelaer. Der Verband der katholischen Jungfrauen-Kongregationen ruft seine Mitglieder aus dem Industriegebiet und den angrenzenden Gebieten Rheinlands und Westfalens für Sonntag, den 26. Juli, zu einer gemeinsamen Wallfahrt nach Kevelaer auf. Es soll diese Wallfahrt eine begeisterte Rundgebung großer Scharen unserer Kongregantinnen werden. Man rechnet mit etwa dreißigtausend Teilnehmerinnen. Mit der Wallfahrt ist zugleich ein Verbandstag verbunden. Die ganze große Rundgebung soll öffentlich zeigen, daß unsere Jungfrauen-Kongregationen in dem Suchen und Ringen der Menschheit um eine bessere Zukunft Großes zu bedeuten und Wertvolles zu geben haben. Es soll die Tagung dann auch unsere katholischen Jungfrauen selbst zu bewußten apostolischen Trägerinnen des Kongregationsgedankens machen. Das Programm für Kevelaer ist folgendes: Vormittags 10 Uhr Pontifikalamt des hochwürdigsten Herrn Bischofs von Münster in der Wallfahrtskirche mit Festpredigt des Herrn Diözesanpräses Domkapitular Surmann. Nachmittags 3 Uhr: Rundgebung auf dem Kapellenplatz, der an die dreißigtausend Menschen faßt. Dort: 1. Ansprache des hochwürdigsten Herrn Bischofs; 2. Rede des Herrn Universitätsprofessors Dr. Donders, Münster: „Die Kongregantinnen und das heilige Jahr“; 3. Rede der Reichstagsabgeordneten Fräulein Christine Teusch, Berlin: „Wir Kongregantinnen und das Apostolat für die christliche Seite“; 4. Gebetskreis u. gemeinsames Bundeslied. — Wenn von den drei Jungfrauen-Kongregationen Bocholts mindestens fünf-hundert Mitglieder bis zum 1. Juli ihre Teilnahme angemeldet haben, kann ein Sonderzug beantragt werden, wodurch der Preis der Bahnfahrt sich um ein Drittel ermäßigt. Der Sonderzug wird Sonntagmorgen früh abfahren und Abends rechtzeitig zurückkommen. Näheres wird noch bekannt gegeben.

b. Krieger-Verband der Kriegsbeteiligten und Kriegs-hinterbliebenen, Ortsgruppe Bocholt. Die für Samstag, den 20. Juni, seitens der Ortsgruppe einberufene Monatsver-sammlung war ziemlich gut besucht. Eröffnet und geleitet wurde dieselbe vom 1. Vorsitzenden, Kameraden D. Benning. Bevor man zur Tagesordnung schritt, gedachte dieser in ehrenvollen Worten der verstorbenen Mitglieder, Frau Eiting und des Kameraden Fahlrad; die Versammlung erhob sich von ihren Plätzen. Der Punkt 1 konnte der erste Vorsitzende die erfreuliche Mitteilung machen, daß wiederum fünf Mitglieder aufgenommen seien, ein Zeichen, daß Verständnis für die gute Sache des Verbandes vor-handen ist. Die Verlesung der Niederschrift der letzten Ver-sammlung erfolgte durch den ersten Schriftführer, Kameraden Bidding. An dritter Stelle berichtete der erste Schriftführer in längeren Ausführungen über die Berliner Verhandlungen, letztere fanden reichen Beifall. Was den geplanten Ausflug be-trifft, so sei hiermit nochmals gesagt, daß derselbe bei günstiger Witterung am 5. Juli nach Bienenhorst unternommen wird. Für Unterhaltung der Kinder, für Kaffee, sonstige Getränke und Kuchen wird reichlich gesorgt. An letzter Stelle kam der Punkt „Bocholter Kriegerfest“ zur Sprache. Es ergab sich mit Stimmen-mehrheit, daß die Ortsgruppe geschlossen am Kriegerfest teil-nimmt. — Die Mitglieder seien hiermit nochmals darauf hin-gewiesen, daß Kamerad Josef Grafe, Mahnstraße 48 wohn-haft, die Einklassierung übernommen hat, anstelle des verstorbenen

Kameraden Fahlrad; sie werden gebeten, die Beiträge pünktlich zu zahlen. Für Teilnehmer am Ausflug und am Kriegerfest sind noch Mägen beim Kameraden Ritsche in der Osterstraße zu haben.

3. Autounfall. Am Sonntag Nachmittag gegen 5 Uhr ereignete sich auf der Berthor Chaussee ein Autounfall, der zum Glück noch ziemlich glimpflich verlief. Ein Personkraftwagen mit fünf Insassen geriet infolge Verlassens der Steuerung oder irgend eines anderen Defektes ins Schlingern, so daß der Chauffeur ihn nicht mehr zu lenken vermochte. Schließlich streifte das Auto einen Baum auf der rechten Seite der Chaussee und fuhr dann, als der Chauffeur ihn nach links zu reißen ver-suchte, in den linken Chausseegraben. Nachdem er zwei Räder um-gefahren, blieb der Wagen vor einem höher liegenden Feldweg im Gärten stehen. Der Chauffeur erlitt geringfügige Verletzungen an der linken Hand, während die übrigen Personen mit dem Schrecken davonkamen. Nachdem das Auto durch einen Last-wagen auf die Straße gezogen und repariert war, konnte es seine Fahrt fortsetzen. Die Gärten wurden stark beschädigt.

3. Motorradunfall. Zu dem Motorradunfall auf der Berthor Chaussee, über das wir bereits in der gestrigen Nummer berichteten, ist noch zu ergänzen, daß der von dem Motorrad Ueberfahrene neben einem Schenkelbruch einen tiefen Schädelriß davontrug, während der Motorradfahrer sich mehrere Rippenbrüche und schwere innere Verletzungen zuge-zogen hat. Wen die Schuld an dem Unglück trifft, bedarf noch der Aufklärung. — Lobend zu erwähnen ist vor allem die Schnellig-keit, mit der die sofort alarmierten Mitglieder der freiwilligen Sanitätskolonne wenige Minuten nach dem Kolonnenarzt, Herrn Dr. Döhling, zur Stelle waren. Sie brachten die beiden Ver-unglückten, nachdem sie ihnen die ersten Verbände angelegt hatten, ins Krankenhaus.

3. Neue Hundesteuermarken. Hundehalter werden auf die Bekanntmachung in der heutigen Nummer der Zeitung betr. Ausgabe der Hundesteuermarken für 1925 aufmerksam gemacht. In nächster Zeit findet eine genaue Kontrolle statt, ob auch sämt-liche Hunde eine gültige Hundesteuermarke tragen. Zur ordnungs-mäßigen Erledigung der Markenausgabe mögen sich die Hunde-halter an die Reihenfolge laut Bekanntmachung halten.

po. Festnahme. In der Nacht vom Sonntag auf Montag wurde gegen 2 Uhr von der Polizei ein Mann festgenommen, der die große Türscheibe an der Drogerie Steiner am Markt zer-schlagen hatte. Ob es sich um einen Einbruchversuch handelt, muß noch festgestellt werden.

Wir baden nur mit Gas



rasch + sauber + billig

a. Ueberwachung des Straßenverkehrs. Der Regierungs-präsident schreibt uns: Zur Unterstützung der örtlichen Polizeibehörden bei Ueberwachung des Straßenverkehrs auf dem Lande werden in Zukunft gelegentlich uniformierte Polizeibeamte mit Privatwagen von Kraftfahrzeugfirmen mitfahren. Die Beamten werden u. a. besonders auch darauf achten, daß die für den Fuß-wegverkehr bestehenden Vorschriften genau befolgt werden.

pr. Anhalt, 22. Juni. Ausflügler. Am gestrigen Sonntag war unser schönes Städtchen das Ziel verschiedener auswärtiger Vereine. Schon am Vormittag erschienen in drei großen Post-autobussen der Kirchenchor aus Kevelaer mit seiner vorzüglichen Bläservereinigung unter seinem Dirigenten, dem hochwürdigsten Herrn Domchorleiter Franz Schmeint, der als Sohn des ver-dienten früheren Hauptlehrers Schmeint ein geborener Anholter ist. Der Bläserchor konzertierte längere Zeit auf dem Marktplatz, und die vorzüglichen Darbietungen erzielten bei den zahlreichen Zuhörern großen Beifall. Nach dem gemeinsamen Mittagessen im Gasthause Junint zog der Chor zum Schloß, um Ihrer R. u. R. Hohelt der Frau Erbprinzeßin und Ihrer Durchlaucht der Prinzessin Isabella, die durch ihre demnächstige Vermählung mit dem Herrn Grafen Felsig von Los auf Schloß Wissen in nächste Nachbarschaft von Kevelaer zieht, ein Ständchen zu bringen. Wundervoll erklangen die Weisen im inneren Schloß-hof. Ihre R. u. R. Hohelt dankte herzlich für die musikalischen Darbietungen und das Hoch, welches Herr Domchorleiter auf das fürstliche Haus und das junge Brautpaar ausbrachte, und bewirkte die Sänger und Musikanten im Spießsaal des Schlosses. Nach Beendigung der Sehwürdigkeiten Anholts veranstalteten die Gäste dann noch ein Konzert auf der Terasse von Junint, das von ganz Anhalt besucht war. — Auch der evangelische Arbeiterverein von Dinslaken, der am Nachmittage in einer Stärke von 150 Mann unsere Stadt durchzog, hatte eine Musikkapelle und ein Trommlerkorps mitgebracht. — An weiteren Vereinen sei noch der Garde-Verein aus Wesel ge-nannt. Da auch sonstige Ausflügler sich in Scharen einge-funden hatten, herrschte in der Stadt ein reges Leben.

pr. Anhalt, 22. Juni. Kriegerverein. Bei sehr großer Be-teiligung veranstaltete der Kriegerverein Anhalt am gestrigen Sonntag ein Preischießen. Mit klingendem Spiel ging es am Nachmittag unter Führung des Präsidenten, des Herrn Bürger-meisters, hinaus zum Schießstand im fürstlichen Parkpark, wo gar bald jeder seine Kunst im Schießen zeigen wollte. Die kleinen Regenschauer konnten den Elfer der Krieger nicht be-einträchtigen. Es wurden zehn Preise ausgeschossen; die vier-ersten Preisträger sind: Ernst Spillner, Joh. Schaffel, Bürger-meister Hof. Schulte, Joh. Fint. Nach dem Schießen zogen die Reiter zum Gasthof Junint, wo sie bei den lustigen Klängen der Musik und frohem Trunk noch lange Erinnerungen aus der Soldatengeit austauschten.

t. Dingden, 23. Juni. „Krone, Großmutter, Mutter und Kind“. An diesen bekannten Dichters wird man erinnert bei dem heutigen Begräbnis. Mit dem Ableben der Ältesten Bürgerin unserer Gemeinde, Ww. Kleida Teske, wurde diese traurige Reihe vollständig; zwar nicht, wie in dem Gedichte im Laufe eines Tages, wohl aber in dem kurzen Zeitraum von vier Monaten. Im Februar starb die Großmutter, vor drei Wochen das Kind; vor einer Woche folgte ihm die junge Mutter nach, und heute, genau acht Tage später, wird die Urgroßmutter zu Grabe getragen. Die ganze Gemeinde nimmt an dem Schmerz der so schwer heimgesuchten Familie Teske innigen Anteil.

Aus dem Kreise Rees.

3. Jfelburg, 22. Juni. Stadtvordereiten-Versammlung. Am kommenden Donnerstag, Abends 6.15 Uhr, findet im Rathaus-saale eine öffentliche Sitzung des Stadtvordereitenkollegiums statt. Auf der Tagesordnung, die nur drei Punkte umfaßt, steht u. a. ein Antrag der Jfelburger Hütte auf Erteilung der Genehmigung zur Legung von Wasserrohren auf den Gemeinde-wegen. (Siehe Bekanntmachung).

Turnen, Sport und Spiel.

Handballspiel um die Stadtmannschaft 1925. Das am ver-gangenen Samstag ausgetragene Handballspiel um die Stadt-mannschaft litt sehr unter dem heftigen Winde. Der auswärtige Kampfrichter war nicht gekommen, so daß sich beide Parteien auf Herrn Schmidt einigten. Olympia hat Wahl und nimmt den Wind zum Bundesgenossen. Der Ball wird sofort von Olympias Sturm in Empfang genommen. Mittelfürmer und Linksinnen gehen mit dem Ball durch, letzterer gibt ihn an den Linksaußen Freund, welcher unhalbar einlenkt. Das ganze Spielte sich in einer halben Minute ab! 1:0 für Olympia. Das Spiel geht weiter. Beide Parteien sind etwas aufgeregter, und dadurch werden von beiden Seiten gute Torchancen verpaßt. Das Spiel findet ausschließlich nur in der Hälfte des Turnvereins Bocholt statt. Nur selten kommt der Ball über die Mittellinie, wo die Beteiligten jeden Torangriff gut klären. In der 20. Minute sendet Schmetlin aus einem Gebränge ein, das Resultat auf 2:0 für Olympia stellend. Bis zur Pause wird an diesem Resultat nichts mehr geändert. — Nach der Pause daselbe Bild: Olympia ist dauernd überlegen, ohne aber einen zählbaren Erfolg erzielen zu können. Die Torchüsse landen entweder im „Aus“ oder werden von dem sehr gut arbeitenden Hüter des Turnvereins ge-halten. Ein Strafwurf für T. V. Bocholt wird von Olympias Torwart gehalten. In der 55. Minute sendet der Linksinnen Schäferst nochmals unhalbar ein: 3:0 für „Olympia“. — An diesem Ergebnis wird bis zum Schluß nichts mehr geändert. Damit konnte T. V. Bocholt die in diesem Jahre zum ersten Male ausgetragene Handballmannschaft an sich bringen. Olympias Mannschaft hat den Sieg voll und ganz verdient. Sie stellte eine flinke Elf. Das Spiel war ganz hervorragend. Besonders taten sich die drei Torchüsse und der linke Verteidiger Hütte hervor. T. V. Bocholts Mannschaft kam für den Sieg überhaupt nicht in Frage. Sie spielte ziemlich unfähig, auch wollte jeder auf eigene Faust vorgehen, wodurch manche gute Sache verpasst wurde. Der Sturm hatte vor dem gegnerischen Tor zu wenig Durchschlagskraft. Gute Gelegenheiten zum Schützen waren mehrmals gegeben, wurden aber nicht ausgenutzt. Begehung im Tor des Turnvereins war der beste Mann der Mannschaft. Ohne ihn wäre das Resultat bestimmt höher ausgefallen. — Schieds-richter Schmidt war sehr gut. Seine Entscheidungen waren stets korrekt. Er hatte das Spiel jederzeit fest in der Hand. Galt.

3. C. Olympia 1. Mannschaft — Ballspielverein Katern-berg 1. Mannschaft 3:4 (1:2). Die Einheimischen müssen sich von einer der besten 2. Klassen-Mannschaften des Essener Bezirks schlagen lassen. Der Sieg war voll und verdient. Die Olympianer zeigten nicht das Spiel, das man von ihnen erwartete. Einige Spieler der Einheimischen brachten es im Gegensatz zu ihren früheren Spielen nur zu ganz mäßigen Leistungen. Fünf Minuten vor Schluß noch mit 3:2 in Führung liegen und sich dann noch eine Niederlage aufzukramen zu lassen, ist doch etwas stark. Der Unparteiische konnte nicht recht gefallen, er ließ sich von den einzelnen Spielern zu sehr beeinflussen. Gleich vom Anstoß entwickelt sich ein schön verteiltes Spiel. Es ist Wehning, der seiner Mannschaft in den ersten zehn Minuten zur Führung verhilft. Es dauert aber nicht lange, dann muß auch Woffling sich geschlagen bekennen. Hin und her wandert das Leder. Die Hintermannschaft der Einheimischen bekommt mächtig viel Arbeit. Die beiden Außenläufer der Grün-Weißen müssen die Außenstürmer des Gegners laufen lassen. Das ist man doch sonst von diesen beiden Spielern nicht gewohnt. Einen wegen Handspiels verhängten Elfer kann Woffling in glänzender Manier halten. Aber keine fünf Minuten später muß er sich zum zweiten Mal schlagen lassen. Mit diesem Resultat geht in die Pause. Nach Wiederanstoß strengen sich die Einheimischen mächtig an, um den Ausgleich zu erzielen. Demmer und Öhring arbeiten sich gut durch, letzterer gibt nahe vorm Tor den Ball zu Supplies, der wiederum sehr ungenügend das Leder dem freistehenden Boormann zuspielt, worauf dieser maßlos zum Ausgleich einkenden kann. Dieses Resultat wird bis sieben Minuten vor Schluß gehalten. Dann ist es Öhring, der an dem herauslaufenden Torwart vorbei den dritten Treffer erzielt. Die Olympianer scheinen den Sieg sicher zu haben, aber weit gefehlt. Der Gast legt jetzt mächtig los: Romberg arbeitet für drei, aber auch er kann es nicht verhindern, daß dem Gast noch der Aus-gleich gelingt. Die reguläre Spielzeit ist um, trotzdem läßt der Unparteiische weiter spielen, und in dieser einen Minute gelingt dem Gast der Siegestreffer. Stenbeck ist zu weit aufgerückt. Die weite Vorlage wird von Rittaus verpaßt und die flinken Stürmer der Gäste können Woffling zum vierten Male be-zwingen. — Die 8. Mannschaft der Olympianer kann mit neun Mann spielend der 2. Mannschaft von Rebe abermals eine 4:0-Niederlage beibringen. Einige „Kanonen“ scheinen es unter ihrer Würde zu halten, in der 8. Mannschaft zu spielen. — Auch in der zweiten Mannschaft fehlten einige Spieler und sie wies daher durch Spieler der 8. Elf auf. Rebe's 1. Mann-schaft kann jedoch auf eigenem Platz nur ein unentschiedenes 2:2-Resultat erzielen. — Die für die Spiele in Rebe aufge-stellten, aber nicht angetretenen Spieler mögen sich zur Mühe nehmen, daß man nicht immer auf eigenem Platz spielen kann, denn die Rebeurspiele müssen auch ausgetragen werden. Hoffent-lich wird sich der Spelausschuß die Namen dieser Spieler merken.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. A. Schmitz-Bocholt, für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kemper-Bocholt.

